

3670 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Bundesrates

## B e r i c h t

## des Außenpolitischen Ausschusses

über den Beschluß des Nationalrates vom 27. April 1989 betreffend ein Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik über die Förderung und den Schutz von Investitionen

Das gegenständliche Abkommen, dessen Ziel es ist, die österreichischen Firmen bei ihren Investitionsbemühungen in der VR Ungarn zu unterstützen und sie gegen dabei allenfalls entstehende Risiken abzusichern, regelt auf der Grundlage der Gegenseitigkeit ua. die Entschädigungspflicht bei Enteignungen, die Frage von Überweisungen und Formen der Streitbeilegung. Das Abkommen beruht auf den Prinzipien der Meistbegünstigung - ausgenommen Vorteile, die sich aus Integrationsmaßnahmen uä. ergeben - und der Inländergleichbehandlung. Auf Grund dieses Vertragsinstrumentes ist jede Vertragspartei in der Lage, die Rechte ihres Investors im Investitionsland sicherzustellen und zu vertreten.

Dem Nationalrat erschien bei der Genehmigung des Abschlusses des vorliegenden Abkommens die Erlassung von besonderen Bundesgesetzen im Sinne des Art. 50 Abs. 2 B-VG zur Überführung des Vertragsinhaltes in die innerstaatliche Rechtsordnung nicht erforderlich.

Der Außenpolitische Ausschuß hat die gegenständliche Vorlage in seiner Sitzung vom 9. Mai 1989 in Verhandlung genommen und einstimmig beschlossen, dem Hohen Hause zu empfehlen, keinen Einspruch zu erheben.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Außenpolitische Ausschuß somit den Antrag, der Bundesrat wolle beschließen:

Gegen den Beschluß des Nationalrates vom 27. April 1989 betreffend ein Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Ungarischen Volksrepublik über die Förderung und den Schutz von Investitionen wird kein Einspruch erhoben.

Wien, 1989 05 09

Alfred Gerstl  
Berichterstatter

Dr. h.c. Manfred Mautner Markhof  
Vorsitzender